

Katholische Beschwörungsformeln von einer christlichen Gesellschaft täuschen auch über *Spaltungen innerhalb der eigenen Kirche* hinweg. Aufklärerisch beziehungsweise national gesinnte innerkirchliche Reformkräfte suchten immer wieder, die katholische Kirche aus der Ecke, in die sie gedrängt worden war, herauszuführen. Selbst in der kommunistischen Zeit standen sich „tschechisch-katholische“ und „römisch-katholische“ Lager gegenüber, vereinfacht gesprochen in der Form der vom Regime angeordneten „Friedenspriester“-Bewegung und einer „papsttreuen“ und theologisch am Zweiten Vatikanischen Konzil orientierten Untergrundkirche (auch wenn die Übergänge zwischen zwischen den einzelnen Gruppen oft fließend waren).

Selbst Bischöfe wie *Duka* (Königgrätz) und *Radkovský* (Pilsen) geben zu, daß diese Spaltungen – wenn auch in anderer Konstellation – bis heute fortbestehen. Der Theologe Halík – er lehrt an der Prager Universität Psychotherapie, leitet die Katholische Studentenseelsorge und ist Direktor der Christlichen Akademie Prag – beschrieb die religiöse Landschaft einmal anhand seiner Erfahrung in einer Diskussion mit Studenten: „Mein Beitrag, im Geiste des nachkonziliaren Katholizismus gehalten, der stets unterbewußt mit dem neuzeitlichen Humanismus als Dialoghauptpartner rechnet, hatte einen ziemlich leeren Ausklang. Der vorausgesetzte Partner hatte sich nicht eingefunden, ich stand auf einer typisch postmodernen Szene drei Nachfolgern der verstorbenen Moderne gegenüber: dem Fundamentalismus, einem Versuch zur Rückkehr in die Prämoderne; der ‚Transmoderne‘ – einem religiösen Synkretismus und einer Neognosis im Stil von ‚New Age‘; und schließlich der dekonstruktiven ‚Supermoderne‘, dem skeptischen Agnostizismus, der bis zum Ver-

zicht auf die Möglichkeit jeglicher verbindlichen Einsicht der Wahrheit und zum moralischen Relativismus führt.“

Unter „religiösen Menschen“, sei es im Milieu der Kirchen oder dem der Sekten, müsse man hauptsächlich dem Fundamentalismus standhalten, der aus der Unfähigkeit herauswächst, die Kompliziertheit der neuen Gesellschaft zu ertragen, so der Theologe, dem es gelungen ist, mit seinen Reflexionen über die Spiritualität in der postmodernen Welt viele tschechische Leser zu faszinieren: Eine Biographie über den heute 50jährigen Priester, der aus der Untergrundkirche kommt, rangierte im Frühjahr viele Wochen auf Platz drei der tschechischen Bestsellerliste.

Mit dem Stichwort Untergrundkirche ist eine weitere Wunde genannt, die in der katholischen Kirche Böhmens und Mährens bis heute nicht verheilt ist. Die Kirchenführung betrachtet das Problem der verheirateten Untergrundbischöfe und -priester damit als gelöst, daß im Vorjahr 18 verheiratete ehemalige Geheimpriester „sub conditione“ zu Priestern der griechisch-katholischen Kirche geweiht wurden. Mehrere noch lebende Betroffene, die sich nicht in den byzantinischen Ritus „abschieben“ lassen wollten, sehen die Sache naturgemäß anders.

Dem Vernehmen nach soll die Tschechische Bischofskonferenz in Kürze noch einen abschließenden kirchenrechtlichen Schlußstrich unter dieses bemerkenswerte Kapitel der Kirchengeschichte ziehen. Auf der Strecke bliebe damit – auch unter dem Druck Roms – ein offener, nicht an formaljuristischen und kirchenpolitisch konservativen Vorgaben orientierter Versuch, die spirituellen „Schätze“ und Erfahrungen der Untergrundkirche in vollem Ausmaß für das heutige kirchliche Leben fruchtbar zu machen. *Josef Pumberger*

Ein Ende der Gewalt?

Friedenshoffnungen nach dem Amtsantritt des neuen Präsidenten Kolumbiens

Bei seinem Amtsantritt Anfang August räumte der neugewählte Präsident Kolumbiens Friedensverhandlungen mit der Guerilla oberste Priorität ein. Der folgende Beitrag beschreibt die desaströse Menschenrechtslage im Land und untersucht Chancen und Hindernisse für den Friedensdialog. Der Kirche kommt dabei eine entscheidende Vermittlungsfunktion zu. Das haben nicht zuletzt die beiden Friedensgespräche gezeigt, die auf die Initiative der Deutschen Bischofskonferenz hin in Mainz stattfanden.

Als am 7. August 1998 der neugewählte Präsident Kolumbiens sein Amt antrat, glich dies dem Kinderspiel „Mary go around“ oder „Reise nach Jerusalem“. In der Politik Kolumbiens beschränken sich die Hauptakteure auf etwa zwei Dutzend Menschen. In jeder neuen Legislaturperiode bekleiden sie ein neues Amt, ganz von der Bildfläche verschwinden sie nie. So sind auch der neue Präsident *Andres Pastrana* und seine Minister keine Unbekannten. Pastrana

hatte sich schon 1994 um das Präsidentenamt beworben. Er ist vierundvierzig Jahre alt und Sohn des früheren kolumbianischen Präsidenten *Misael Pastrana*, der von 1970 bis 1974 regierte. Sein Urgroßvater war Minister einer liberalen Regierung.

Andres Pastrana arbeitete nach dem Studium der Rechtswissenschaft in Bogotá und Harvard als Fernsehmoderator. Erste politische Aufgaben übernahm er als Stadtrat und als

Bürgermeister von Bogotá, und während seiner Zeit als Bürgermeister erwarb er sich den Ruf, unbestechlich und effizient zu sein. Später vertrat er die Konservative Partei im Senat. Innerhalb dieser zählt er zu dem christlich demokratischen Flügel.

Die immer gleichen Gesichter bestimmen die Politik

Auch Pastranas Herausforderer *Horacio Serpa* von der Liberalen Partei und *Noemi Sanin*, eine unabhängige Kandidatin, hatten schon wichtige politische Posten inne: Serpa war unter der Regierung von *Ernesto Samper* (1994–1998) Innenminister und unter Präsident *César Gaviria* (1991–1994) Landesdisziplinaranwalt, „Procurador“. Dieser hat die Aufgabe, Amtsmissbräuche und Straftaten im Amt zu untersuchen. Während er in diesem Amt weder positiv noch negativ auffiel, war Serpa als Innenminister recht glücklos. Sicherlich war für den Wahlsieg von Pastrana auch entscheidend, daß Serpa von dem Vorwurf, Präsident Samper habe 1994 seinen Wahlkampf mit Drogengelder finanziert, ebenfalls betroffen war.

Die Parteienlandschaft Kolumbiens wird von der Liberalen (Partido Liberal) und der Konservativen Partei (Partido Social Conservador) bestimmt. Die bürgerkriegsähnlichen Zustände in der Zeit der sogenannten „Violencia“ (1948–1957) führten zur Aufteilung der Macht unter diesen beiden sich bis dahin befehdenden Parteien: Bis 1979 haben sie sich abwechselnd die Macht geteilt. Seit der Präsidentschaft von *Turbay Ayala* (1979–1982) wird in Kolumbien die Notwendigkeit politischer und wirtschaftlicher Reformen betont. Über Jahrzehnte handelten die beiden traditionellen Parteien unter sich die politischen Ämter aus. So mußten zum Beispiel bis 1991 Richter und Beamte entweder der einen oder der anderen angehören, um eine Anstellung zu erhalten. Diese Praxis änderte sich erst mit der Verfassung von 1991. Die 1985 gegründete *Unión Patriótica* (UP) hat heute genauso wie die 1990 in eine Partei umgewandelte Guerillabewegung M 19 keine Bedeutung mehr, da die Mehrzahl ihrer Führungspersönlichkeiten ermordet wurde.

Noemi Sanin, die einzige unabhängige Kandidatin der Präsidentschaftswahlen, konnte in der ersten Wahlrunde einen Achtungserfolg erringen. Als Frau und als unabhängige Kandidatin hatte man ihr derart viele Stimmen nicht zuge-
traut. Aber auch Sanin ist in der Politik Kolumbiens keine Unbekannte. Sie war schon Botschafterin Kolumbiens in Venezuela und Außenministerin. Von ihrem Amt als Botschafterin trat sie zurück, als sich die Gerüchte um die Drogengeldaffäre von Präsident Samper verdichteten. Ende der achtziger Jahre war sie Mitglied der bischöflichen Justitia et Pax-Kommission.

Ebensowenig wie sich die Gesichter in der Politik verändern, erwarten die Kolumbianer eine Veränderung der Politik.

Dabei steht die neue Regierung vor immensen Herausforderungen: Beendigung der Korruption, Befriedung des Landes, Durchsetzung der Menschenrechte und Konsolidierung der außenpolitischen Beziehungen. Pastrana hat sich ehrgeizige Ziele für seine Amtszeit gesetzt: die Reform des Bildungssystems und Friedensverhandlungen mit der Guerilla. Diese kontrolliert inzwischen die Hälfte des Staatsgebietes. Aber auch die politische Kontrolle der Armee muß durchgesetzt werden. Unter der Regierung Samper konnte sie tun und lassen, was sie wollte.

Dies erklärt auch die enorm hohe Anzahl von Menschenrechtsverletzungen. 1997 wurden in Kolumbien fast 20000 Morde begangen, von denen 1522 Fälle politisch motiviert waren. 1213 Morde gehen auf das Konto staatlicher Kräfte; in 179 Fällen „verschwanden“ Inhaftierte. Menschenrechtsorganisationen berichten darüber hinaus von 150 Folter-Fällen. Die anhaltend prekäre Menschenrechtslage in Kolumbien veranlaßte die Hochkommissarin der Vereinten Nationen für Menschenrechte im Jahr 1997 in Bogotá ein Büro zu eröffnen, um die Situation vor Ort zu beobachten, zu untersuchen und der Menschenrechtskommission zu berichten.

Als in der UN-Menschenrechtskommissionssitzung im April 1998 nach jahrelangen Verhandlungen die Resolution der Vereinten Nationen zum Schutz der Menschenrechtsverteidiger verabschiedet wurde, wußten die Vertreter der kolumbianischen Menschenrechtsorganisationen bereits, daß diese Resolution für sie keine Lebensversicherung ist. Und noch in der gleichen Woche, in der die Verhandlungen in Genf zu Ende gingen, wurde Rechtsanwalt *Eduardo Umaña Mendoza*, der bekannteste Menschenrechtsverteidiger Kolumbiens, erschossen. Es gibt kaum ein Land der Welt, in welchem Menschenrechtsarbeit mit größeren Risiken behaftet ist. Die Gewalt gegen diese geht aber zu Lasten staatlicher Sicherheitskräfte und paramilitärischer Gruppen.

Seit 1994/95 ist die Zahl der sogenannten Todesschwadronen drastisch gestiegen. Nach Schätzungen von Nichtregierungsorganisationen (NRO) gab es 1995 bereits 250 verschiedene paramilitärische Gruppen; im Vergleich zu den achtziger Jahren hat sich deren Zahl fast verdoppelt. Die kirchlichen Menschenrechtsorganisationen CINEP und die Kommission der kolumbianischen Ordensgemeinschaften „Justicia y Paz“ gehen davon aus, daß 84 Prozent aller Massaker im Jahr 1997 von diesen paramilitärischen Gruppen begangen wurden.

Anfang 1997 haben sich die sogenannten Selbstverteidigungsgruppen zu den „Autodefensas Unidas de Colombia“ (AUC) zusammengeschlossen. Diese Gruppen rechtfertigen sich selbst als Verteidiger gegen die Guerilla. Der Chef der paramilitärischen Gruppen, *Carlos Castaño*, sagte dazu in einem Interview: Für die paramilitärischen Gruppen sei es sehr schwierig, Guerillamitglieder von Nichtmitgliedern zu unterscheiden. Deshalb würden Massaker an der Bevölkerung verübt, damit diese ihre Unterstützung der Guerilla aufgeben.

Mit diesen Massakern soll die Bevölkerung auch zum Ver-

lassen der von der Guerilla kontrollierten Zonen veranlaßt werden. 1997 rechnete man mit 250 000 internen Flüchtlingen in Kolumbien. Ihre Gesamtzahl wird inzwischen auf 1,5 Millionen geschätzt. Hinter der Gewalt und vielen Konflikten steht der Kampf um Land, das Problem der großen Land- und Besitzkonzentration in Kolumbien. In den letzten Jahren hat sich dieses immer mehr verschärft. Wirklich ernsthafte Versuche zu einer *Agrarreform* hat es in Kolumbien nie gegeben. So besitzen etwa sieben Prozent der Grundbesitzer ungefähr 83 Prozent des Bodens. Die Hälfte der Bevölkerung lebt unterhalb der Armutsgrenze.

Die wachsende Unzufriedenheit und Enttäuschung in der Bevölkerung und die fehlende Möglichkeit, sich politisch zu artikulieren, steigert die Konfrontation zwischen Gesellschaft und Staat. Das Gewaltpotential innerhalb der kolumbianischen Gesellschaft nimmt stetig zu. Guerilla und bewaffnete Straßengangs erfahren immer mehr Zulauf. All dies hat die Menschenrechtslage spürbar verschärft.

Eines der zentralen Probleme des Menschenrechtsschutzes in Kolumbien ist, daß Straftaten zumeist straflos bleiben. Dies gilt für politisch motivierte Taten ebenso wie auch für die sogenannte normale Kriminalität. Die Justiz in Kolumbien ist völlig überlastet. Jährlich werden in Kolumbien etwa 850 000 Verbrechen und Vergehen begangen. 14 Prozent der Straftaten machen allein die politischen Morde aus. Mörder und Totschläger gehen dabei ein denkbar geringes Risiko ein: Nur 17 Prozent der Tötungsdelikte werden aufgeklärt. Allein bei der Staatsanwaltschaft soll eine Million unerledigter Strafsachen liegen. Im allgemeinen wird davon ausgegangen, daß 97 Prozent aller Delikte straflos bleiben.

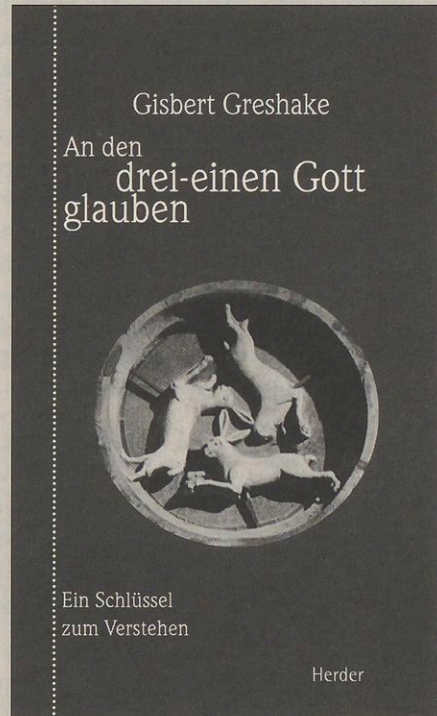
Allerdings stellt sich auch die Frage, was mit dem kolumbianischen Strafvollzug geschähe, wenn sich die Aufklärungsrate erhöhen würde. Schon jetzt sind die Gefängnisse überfüllt. Etwa 43 200 Strafgefangene sind in den 168 Gefängnissen des Landes untergebracht, die ursprünglich einmal für 29 500 Insassen gebaut worden sind. Das Kolumbianische Verfassungsgericht hat die Zustände in den Gefängnissen als verfassungswidrig bezeichnet.

Guerillagruppen zeigen unterschiedliche Gesprächsbereitschaft

Die Regierungszeit von Präsident Samper war im wesentlichen geprägt von den Vorwürfen, er habe seinen Wahlkampf mit Geldern der Drogenmafia finanziert. Das Parlament beschäftigte sich mehrfach mit diesen Vorwürfen. Viele Vorhaben, z. B. die Friedensverhandlungen, mußten dem ständigen Druck zur Verteidigung gegen diese Vorwürfe geopfert werden.

Die politischen Auseinandersetzungen während der Regierungszeit von Präsident Samper führten zu einem Machtvakuum, das vor allem die Guerilla für sich nutzen konnte. In den vergangenen Jahren konnte sie sich über die Hälfte des Staatsgebietes ausdehnen. Zunehmend wurde sie gewalttätig

Wie man Dreifaltigkeit verstehen kann



144 Seiten, gebunden mit
Schutzumschlag, DM 26,80
öS196,- /Sfr 25.-
ISBN 3-451-26669-5

NEU

Muß man als Christ an einen Gott in drei Personen glauben? Vielen geht es damit wie jenen Schülern im Religionsunterricht, denen die Vorstellung eines trinitarischen Gottes wie eine Art theologisches Kreuzworträtsel erscheint. Und doch ist der Glaube an den drei-einen Gott nicht mehr und nicht weniger als eine Revolution des Gottesbildes, die auch unser Selbstverständnis und unser Verständnis von Welt betrifft. Warum das so ist, warum das Bekenntnis zum drei-einen Gott geradezu ein Schlüssel ist für den christlichen Glauben und für das Verstehen all dessen, was die Welt bewegt, erklärt Gisbert Greshake in diesem Band auf einprägsame und nachvollziehbare Weise.

*Unsere Bücher erhalten Sie in jeder Buchhandlung,
oder direkt beim Freiburger BuchVersand
Habsburgerstraße 116 - 79104 Freiburg
Tel. 0761 / 2717-328 - Fax 0761 / 2717-360*

HERDER

gegenüber Zivilisten. Man rechnet mit ungefähr 20000 Guerilleros im bewaffneten Kampf. Die Guerilla finanziert sich unter anderem durch *Entführungen*. Mit der Entführung reicher Großgrundbesitzer oder Geschäftsleute erpressen Guerillagruppen in Kolumbien etwa 540 Millionen Mark jährlich. Die zweitgrößte Guerillagruppe ELN (Ejército Liberación Nacional) ist zwar zu Friedensgesprächen bereit, jedoch nur, wenn sie mit breiter Beteiligung der Bevölkerung abgehalten werden und die Regierung ausreichende Garantien gewährt. Die Friedensbereitschaft der FARC (Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia) scheint geringer zu sein. Spätestens mit der Offensive der FARC und der ELN am 1. September 1996 wurde der Kampf der beiden Guerillagruppen auf die Städte ausgedehnt. Die Wochenzeitung *Semana* sprach in ihrer Ausgabe vom 17.9.1996 von einer „Belagerung Bogotás“. Die Offensive der Guerilla führte aber auch dazu, daß die Führungsspitze der Streitkräfte weitere Machtbefugnisse erhielt.

Die Zunahme der Gewalt und die innenpolitische Krise haben nicht nur die politische Krise verschärft, sondern auch dazu beigetragen, daß in der kolumbianischen Gesellschaft verstärkt nach Auswegen gesucht wird: Zum einen ist die Wirtschaftselite an einer Beendigung der Gewalt durch Friedensverhandlungen interessiert, auf der anderen Seite arbeiten viele gesellschaftliche Gruppierungen an der Vorbereitung einer Verhandlungslösung.

Die Erfahrungen der Friedensverhandlungen in Ländern wie Guatemala und El Salvador haben gezeigt, daß die zivilgesellschaftlichen Gruppen frühzeitig ihre Vorstellungen einbringen müssen, damit nicht zwei bewaffnete Gruppen, das Militär und die Guerilla, die Zukunft des Landes unter sich aushandeln. Jedoch wollen auch die paramilitärischen Gruppen auf diesen Prozeß Einfluß nehmen. Der Chef der paramilitärischen Gruppen, *Carlos Castaño*, kündigte bereits an, daß er bei möglichen Friedensverhandlungen nach dem Regierungswechsel Sitz und Stimme beanspruche.

Der Kirche kommt eine wichtige Vermittlerfunktion zu

Im Sommer 1994 hat die Kolumbianische Bischofskonferenz einmal mehr zur Beendigung des bewaffneten Konfliktes aufgerufen. Unter der Präsidentschaft des Vorsitzenden der Bischofskonferenz, dem Erzbischof von Medellín, *Alberto Giraldo Jaramillo*, entstand 1995 eine *Versöhnungskommission*, der Vertreter verschiedener kirchlicher Einrichtungen und der Ordensgemeinschaften sowie der Wirtschaft und anderer gesellschaftlicher Gruppen und Organisationen angehören. Geschäftsführer der Kommission ist *Angelino Garzon*, der Anfang der neunziger Jahre Geschäftsführer des Gewerkschaftsdachverbandes CUT war. Vor zehn Jahren noch wäre die Zusammenarbeit kirchlicher Stellen mit einer Person aus dem linken Gewerkschaftssektor undenkbar gewesen.

Insgesamt geht die katholische Kirche in Kolumbien nun wesentlich offener die Probleme des Landes an als noch vor 10 Jahren. Dies führt auch dazu, daß die Kirche heute als Vermittlerin von der Zivilgesellschaft gerne in Anspruch genommen wird. In ihrer Erklärung „Die Friedenspastoral in der gegenwärtigen Situation des bewaffneten Konfliktes in Kolumbien“ vom 13. März 1998 hat die Bischofskonferenz mit scharfen Worten das kolumbianische Wirtschaftssystem, die hohe Zahl der Menschenrechtsverletzungen und den bewaffneten Konflikt kritisiert: In der ungerechten Wirtschaftsordnung liege ein Hindernis für die Befriedung des Landes. „Solange ein Wirtschaftssystem weiterbesteht, das die Konzentration des Reichtums fördert und die Schere zwischen Arm und Reich vergrößert, solange die allgemeine Korruption und die hohe Straflosigkeit weiter andauern, die die Justiz und die mit ihrer Anwendung beauftragten Instanzen wenig glaubwürdig erscheinen lassen, wird die Suche nach Auswegen aus dem bewaffneten Konflikt erschwert“, betonen die Bischöfe. Gleichzeitig bekräftigen sie die vorrangige Option für die Armen und bieten „gute Dienste“ für eine Vermittlung zwischen dem Staat und der Guerilla an.

Lange Zeit galt die Bischofskonferenz als konservativ und gegenüber den Problem des Landes distanziert. Inzwischen wird ihr Engagement in Friedensfragen sehr gelobt. Auch gibt es eine Reihe von Bischöfen, die in Krisenregionen des Landes, wie der Bananenbauzone Urabá und dem Chocó (wobei inzwischen eigentlich das ganze Land zu einer einzigen Krisenregion geworden ist), gute Arbeit geleistet haben. Darüber hinaus sind die Stellungnahmen der Bischofskonferenz in den vergangenen Jahren zunehmend deutlicher geworden. Berührungspunkte gegenüber Nichtregierungs- und Menschenrechtsorganisationen wurden abgebaut.

Diese ernsthaften Bemühungen um einen Friedensdialog zeigen auch bereits erste Früchte: In Mainz kam es Ende Juni 1998 zum ersten Mal und auf die Initiative des Sekretärs der Deutschen Bischofskonferenz, *des Jesuiten Hans Langendörfer*, hin zu Friedensgesprächen zwischen der Guerillabewegung ELN (Ejército Liberación Nacional) mit dem „Nationalen Friedensrat“. Als Vermittler trat dabei auch der ehemalige Agent *Werner Mauss* auf. Der Nationale Friedensrat (CNP) wurde per Gesetz eingerichtet; er ist ein Ergebnis des Volksbegehrens vom Oktober 1997. Der Rat setzt sich aus 70 ranghohen Vertretern des öffentlichen Lebens Kolumbiens zusammen. Durch ihn soll eine von der Regierung unabhängige, kontinuierliche Friedensarbeit möglich werden.

Offensichtlich ist man sich bei den Friedensgesprächen in Mainz bereits beim ersten Treffen darüber einig geworden, daß die Friedensverhandlungen die Einbindung der Gesellschaft notwendig machen. Der Sekretär der Deutschen Bischofskonferenz sprach von einem „guten ersten Schritt“. Ein weiteres Gespräch folgte am 12. Juli 1998 in Mainz. Nach mehreren Verhandlungstagen wurde ein Abkommen erzielt, das nun direkte Verhandlungen zwischen der kolumbianischen Regierung und der ELN einleiten soll.

Die ELN will sich ernsthaft an den Friedensverhandlungen beteiligen. Sie bietet unter bestimmten Bedingungen einseitige Friedenschritte an. Dazu gehört auch der Verzicht auf erpresserische Entführungen, vor allem von Frauen und Kindern. Der Termin für Friedensverhandlungen scheint günstig gewählt. Der neue Präsident Kolumbiens kann jetzt seine Bereitschaft zu Friedensverhandlungen unter Beweis stellen.

Jedoch muß abgewartet werden: Auch Präsident Samper hatte in den ersten Monaten seiner Amtszeit Fortschritte im Friedensdialog erzielt, der dann völlig abgebrochen wurden. Gleichwohl ist durch den Beginn der Verhandlungen im Ausland und durch internationale Vermittlung ein großer Fortschritt erzielt worden. Beide Parteien müssen ihren ernsthaften Willen zu einem Friedensschluß unter Beweis stellen.

Neben der Verteidigung der Menschenrechte spielt die Verteidigung der *sozialen Rechte* eine zunehmend wichtige Rolle unter den Aufgaben der Kirche. Denn die Gewalt in Kolumbien hat wirtschaftliche und soziale Ursachen. Nach einer Untersuchung der Diözese Quibdó im Departement Chocó gehen die Gewaltausbrüche auf wirtschaftliche Verflechtungen und ungelöste soziale Fragen zurück. Der Chocó, an der Grenze zu Panama und zwischen Atlantik und Pazifik gelegen, ist heute für die kolumbianische Regierung von geostrategischem Interesse. Im Rahmen des sogenannten „Plan Pacifico“ entwickelte sie in Zusammenarbeit mit internationalen Finanz- und Entwicklungsorganisationen zahlreiche Großprojekte, wie z. B. den Bau eines interozeanischen Kanals zur Ergänzung des Panamakanals. Darüber hinaus ist der Bau von Hochseehäfen, Kraftwerken, der Ab-

bau umfangreicher Rohstoffvorkommen und die Erschließung genetischer Ressourcen im größten Regenwaldgebiet Kolumbiens vorgesehen.

Insbesondere die indigenen und negriden Gemeinschaften, die Anspruch auf Land erheben, sind bei solchen Vorhaben im Weg. Nach Angaben von Pater *Albeiro Parrasolis*, der die Flüchtlingsarbeit in der Diözese Quibdó koordiniert, werden einzelne Menschen, sowie ganze Dörfer mittels Drohungen, Plünderungen und Massaker vertrieben.

Je klarer und kompromißloser die Zustände im Land jedoch benannt werden, desto mehr wächst auch die Gefahr, daß kirchliche Mitarbeiter Opfer von Menschenrechtsverletzungen werden. So wird beispielsweise der Jesuit *Javier Giraldo*, Geschäftsführer die Kommission „Justicia y Paz“ der kolumbianischen Ordensgemeinschaften bedroht; aufgrund eines Geheimdienstberichtes der Armee werden ihm Verbindungen zur Guerilla unterstellt.

Bezüglich der Ursachen der Gewalt in Kolumbien wird sich aber nur langfristig etwas verändern lassen. Dabei müßte sich vor allem ein breiter gesellschaftlicher Konsens für ein friedliches Miteinander ausbilden. Dies wird allein durch Friedensgespräche nicht zu erreichen sein; nach den Friedensgesprächen mit der früheren Guerillagruppe M 19 im Jahr 1990 wurden einige ihrer Vertreter ermordet.

Ein nationaler Konsens für ein friedliches Miteinander erfordert Anstrengungen in allen Teilen der Gesellschaft. Für einen Moment war ein solcher nationaler Konsens bislang nur während der Verfassungsgebenden Versammlung im Jahr 1991 erkennbar. Die Kirche und die Kräfte der Zivilgesellschaft sind aufgerufen, alles zu tun, um diesen Konsens für die Zukunft zu erreichen.

Gabriela M. Sierck

Kurzinformationen

Kirchen fordern höheren Stellenwert für Entwicklungspolitik

Für eine deutliche Aufwertung der deutschen „Eine-Welt-Politik“ und eine umfassende Strukturreform in diesem Bereich plädiert, mit Blick auf die Neukonstituierung des Bundestages und anstehende Koalitionsverhandlungen die „Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung“ (GKKE). Zu Auftrag und Mandat für diese politische Intervention unterstreicht die GKKE dabei in Abgrenzung „zu allen Versuchen und Versuchungen, ausschließlich die partikular verstandenen

Interessen der Bevölkerung des eigenen Landes oder auch der heute lebenden Generation in den Vordergrund zu stellen“: Christen und Kirchen seien gehalten, sich nicht mit geläufigen Interessenskalkülen abzufinden und eine Politik einzufordern, die menschenwürdiges Leben für alle und die Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen auch für die kommenden Generationen zum Ziel habe. Im Zentrum des Anfang August veröffentlichten Positionspapiers steht die seit den 70er Jahren immer wieder von Kirchen, Nichtregierungsorganisationen und Entwicklungsexperten erhobene Forderung nach Kohärenz in der Ent-

wicklungspolitik. Die „Kohärenzproblematik“, die Übereinstimmung und gegenseitige Beeinflussung also von Entwicklungspolitik und anderen Politikbereichen, sei „ein Schlüsselthema für den Erfolg der künftigen Eine-Welt-Politik“, betont die GKKE in ihrem Positionspapier. Entwicklungspolitische Maßnahmen dürften nicht länger durch die anderer politischer Bereiche wie etwa der Exportförderung in ihrer Zielsetzung gestört oder gar konterkariert werden. Als besonders krasses Beispiel fehlender Kohärenz schildern die GKKE-Autoren die Fördermaßnahmen der Europäischen Union für den Aufbau einer Agrarwirtschaft